

Schweiz

Neuer Deal für den Atomausstieg

Laufzeitenhandel statt fixe Abschaltzeiten: Die AKW-Betreiber sollen ihre Produktionsrechte untereinander handeln. So will der grüne Wirtschaftsverband Swis cleantech den Zwist um den Atomausstieg beilegen.

Von Stefan Häne

Mehr als zwei Jahre nach Fukushima ringt die Politik weiterhin erbittert um den Fahrplan für den Atomausstieg. Angeführt von Energieministerin Doris Leuthard (CVP), stemmt sich der Bundesrat gegen fixe Abschaltzeiten für die fünf Schweizer Atomkraftwerke. Die Grünen ihrerseits wollen per Volksinitiative maximale Laufzeiten von 45 Jahren durchsetzen. Die Energiekommission des Nationalrats (Urek) schliesslich propagiert die 40+10-Regel: Demnach sollen die AKW-Betreiber nach 40 Betriebsjahren den Behörden ein Konzept vorlegen müssen, das den sicheren Betrieb der Anlage für weitere 10 Jahre ausweist.

Nun erweitert sich der Fächer um einen weiteren Lösungsansatz, erarbeitet von Swis cleantech, dem Verband der grünen Wirtschaft. Das Strategiepapier, das dem TA vorliegt, zeichnet folgenden Weg zum Ausstieg: In einem ersten Schritt wird errechnet, wie viel Strom die fünf Schweizer AKW bis zum Ende ihrer Laufzeit maximal produzieren, basierend auf 50 Jahren Gesamtbetrieb. Die AKW-Betreiber können diese Mengen nun untereinander handeln - analog den EU-Emissionszertifikaten, die einen ökonomischen Anreiz setzen, den Ausstoss schädlicher Klimagase dort zu senken, wo es am effizientesten ist.

2037 kein Atomstrom mehr

In ähnlicher Logik soll der Handel mit den AKW-Produktionsrechten wirken: Die restliche Stromproduktion soll in den vergleichsweise sicheren, neueren Anlagen erfolgen, also in Gösigen und Leibstadt, die seit 1979 respektive 1984 in Betrieb sind. Daher soll nur ein Handel von älteren zu neueren Kraftwerken erlaubt sein. Nach Vorstellung von Swis cleantech könnte Mühleberg (Inbetriebnahme 1972) so 2015 vom Netz, sieben Jahre früher als bei einer Laufzeit von 50 Jahren, bei Beznau I (1969) und II (1971) könnte drei Jahre später Schluss sein, was weitere Laufzeitreduktionen von einem respektive drei Jahren bringen würde. Die Betreiber von Gösigen und Leibstadt könnten damit Zertifikate im «Wert» von elf AKW-Betriebsjahren mit entsprechender Stromproduktion erwerben und ihre Meiler länger laufen lassen. Dies unter der Prämisse, dass die Atomaufsichtsbehörde Ensi die AKW bei jeder Zertifikatsübertragung überprüft und als sicher einstuft - genau wie bei der 40+10-Regel vorgesehen.

Spätestens 2037 würde damit in der Schweiz gemäss Swis cleantech kein Atomstrom mehr produziert - drei Jahre später als beim Vorschlag der Urek und acht Jahre später, als es die Grünen fordern. Der finanzielle Einsatz läge im Bereich von mehreren Hundert Millionen Franken, wie Swis cleantech errechnet



Gemäss den Vorschlägen könnten neuere Kraftwerke wie Leibstadt länger laufen. Foto: Steffen Schmidt (Keystone)

hat. Ein Beispiel: Die Betreiber von Gösigen (Alpiq, Axpo, die Stadt Zürich, die CKW und Energie Wasser Bern) könnten von den BKW als Besitzerin von Mühleberg für rund 200 Millionen Franken die Übernahme der Produktionsrechte von sieben Jahren erwerben und dafür drei Jahre länger das bedeutend grössere AKW Gösigen betreiben. Auch der Bund könnte Zertifikate aufkaufen und wieder verkaufen - oder stilllegen.

Gleich viel Strom, aber sicherer

Swis cleantech-Präsident Nick Beglinger spricht von einem «ausgewogenen Vorschlag», der nicht nur die Polpositionen der Grünen und der Ausstiegsgegner miteinander aussöhne. Der Fahrplan sei auch betriebswirtschaftlich vertretbar. Er optimiere den Nutzen der verbleibenden Atomkraft auf volkswirtschaftlicher Stufe. Ein weiterer Vorteil ist laut Beglinger rechtlicher Natur: «Die vorgeschlagene Lösung setzt eine Laufzeitbeschränkung fest, die weit über die ursprünglich vorgesehenen 40 Betriebsjahre hinausgeht.» Sie werde für alle AKW gleich definiert und erlaube Verhandlungen, das Risiko einer Klage sei minimiert. Beglinger spielt auf Schadenersatzklagen an, die AKW-Betreiber hier - wie auch in Deutschland -

angedroht haben, sollte der Staat ihre Meiler frühzeitig und ohne gravierende Sicherheitsmängel vom Netz nehmen.

Der neue Ausstiegsplan provoziert kontroverse Reaktionen unter Energiepolitikern. Ständerätin Verena Diener (GLP) kann sich für die Idee erwärmen: «Wir müssen die verhärteten Positionen aufweichen.» Ständerat This Jenny (SVP) spricht von einer «interessanten Alternative», die es durchzurechnen gelte. Angetan zeigt sich auch Nationalrat Bastien Girod (Grüne), weil trotz gleich hoher Atomstromproduktion wie beim Vorschlag der Urek das Sicherheitsrisiko deutlich sinke.

Skeptischer ist FDP-Ständerat Pankraz Freitag. Er sieht im Vorschlag zwar «den Vorteil einer gewissen Flexibilität», sofern die Politik tatsächlich Laufzeitbeschränkungen beschliessen sollte. Er selber unterstützt wie seine Partei aber weiter die Strategie des Bundesrats. Problematisch erscheint ihm insbesondere, dass sich Sicherheitsfragen mit ökonomischen Interessen vermischen könnten. Davor warnt auch BDP-Nationalrat Urs Gasche: «Die Sicherheitsbehörden dürfen die Verantwortung nicht aus ihren Händen geben und dem Markt übertragen.» Abschliessend ist das Urteil Gasches nicht. Der

Verwaltungsratspräsident der BKW will den Vorschlag zuerst eingehend studieren. Beglinger hält dem entgegen, die Sicherheit werde weiter erste und höchste Priorität haben.

Die skizzierten Bedenken flammten vor drei Jahren bereits einmal auf - allerdings auf der linken Seite und in Deutschland. Die Regierungskoalition aus CDU und FDP schlug damals - noch vor Fukushima - vor, dass die AKW-Betreiber die Lizenz zum weiteren Betrieb der Meiler in einer Auktion ersteigern müssten. Linke Politiker kritisierten, es würde so «Sicherheit gegen Geld getauscht». Nach lauten Protesten liess die Bundesregierung den Plan jäh fallen.

Als schlechtes Omen will Swis cleantech-Präsident Beglinger dies nicht gedeutet haben. Er hofft darauf, dass der Swis cleantech-Vorschlag der Debatte einen neuen Drall geben wird. Die nächste Gelegenheit bietet sich voraussichtlich am nächsten Mittwoch: Dann wird der Nationalrat die 40+10-Regel behandeln. Das Geschäft steht auf der Kippe, hat sich die vorbereitende Kommission doch nur knapp für die neue Regel ausgesprochen.

Dossier: Die AKW-Debatte
www.akwdebatte.tagesanzeiger.ch

Anwälte kritisieren Steuerdeal mit USA

Pierre-Dominique Schupp, der neue Präsident des Schweizerischen Anwaltsverbands (SAV), kritisierte den Bundesrat wegen des Steuerdeals mit den USA und des laschen Umgangs mit rechtsstaatlichen Grundsätzen. Der Entwurf zum geplanten Steuerdeal sei rechtsstaatlich höchst bedenklich. Es fehlten darin jegliche Rechtsmittel zum Schutz der Betroffenen, sagte der 53-jährige Schupp an der gestrigen Versammlung des SAV.

Im Zusammenhang mit dem Steuerdeal gaben gestern auch die zu erwartenden Bussen für Schweizer Banken zu reden. Aus der Wirtschaftskommission des Ständerats war vorgestern zu vernehmen, dass das Ex-UBS-Geld, das in der Schweiz geblieben ist, mit einem Satz von 40 Prozent gebüsst würde. Für die restlichen Beträge sollen Sätze von 30 oder 40 Prozent gelten - je nachdem, wann es die Banken angenommen haben. Von offizieller Seite seien keine Bussenhöhe oder Bussensätze bestätigt worden, betonte gestern das Staatssekretariat für Finanzfragen. (SDA/TA)

Nachrichten

Steuerverweigerer Gemeindepräsidentin von Egerkingen wird angezeigt

Gegen Johanna Bartholdi (FDP), die Gemeindepräsidentin von Egerkingen SO, sind zwei Strafanzeigen wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses eingereicht worden. Sie hatte an der Gemeindeversammlung die Namen von sechs Steuerständern öffentlich genannt (TA vom Mittwoch). Der Solothurner Oberstaatsanwalt Hansjürg Brodbeck bestätigte einen Bericht der Zeitung «Blick». Mit dem Steuerpranger will die Gemeinde die Zahlungsmoral verbessern. (SDA)

Schengen Weiterentwicklung kostet 13 Millionen pro Jahr

Seit ihrem Beitritt zum Schengen-Raum hat die Schweiz 144 EU-Rechtsakte übernommen. Die meisten waren technischer Natur, wie der Bundesrat in einem Bericht schreibt. Die Kosten der Weiterentwicklungen von Schengen belaufen sich auf jährlich rund 13 Millionen Franken. Die Vorteile, die diesen Ausgaben gegenüberstehen, lassen sich laut Bundesrat kaum beziffern. (SDA)

Auslandschweizer Bundesrat will neue Schwyzerschulen fördern

Die 17 Schwyzerschulen im Ausland sollen nach einem neuen System finanzielle Unterstützung vom Bund erhalten. Der neue Modus soll ihnen weiteres Wachstum ermöglichen. Ausserdem will der Bundesrat den Weg frei machen für neue Schwyzerschulen. Der finanzielle Rahmen von rund 20 Millionen Franken für die Förderung von Schwyzerschulen soll unverändert bleiben, entschied die Regierung. (SDA)

Volksabstimmungen

Parolen für den 9. Juni

Asylgesetzrevision

Bundesrat und Parlament wollen mit der Revision Asylverfahren beschleunigen und verschärfen. So erhält der Bund die Erlaubnis, eigene Bauten ohne kantonale oder kommunale Bewilligung zu Asylzentren umzunutzen. Für Renitente werden spezielle Zentren geschaffen, und Asylgesuche können nicht mehr auf Schweizer Botschaften eingereicht werden.

Ja SVP, FDP, CVP, GLP, BDP, EVP, EDU Nein SP, Grüne, CVP Frauen, CVP Genf, CVP Glarus, CVP Waadt, Bischofskonferenz, Evangelischer Kirchenbund Stimmfreigabe GLP Genf

Volkswahl des Bundesrats

Die SVP-Initiative verlangt, dass der Bundesrat in einem nationalen Wahlkreis im Majorverfahren vom Volk gewählt wird. Die Initiative garantiert den nicht deutschsprachigen Gebieten mindestens zwei Bundesratssitze.

Ja SVP, EDU Nein SP, FDP, CVP, Grüne, GLP, BDP, EVP, SVP Thurgau Stimmfreigabe SVP Unterwallis

Bundesrat ist für Gentests bei Embryos

Das Kinderkriegen stellt für Paare mit einer Familiengeschichte mit Erbkrankheiten wie Zystischer Fibrose ein Risiko dar, da das Kind mit hoher Wahrscheinlichkeit an der Krankheit leiden könnte. Abhilfe schaffen kann da die künstliche Befruchtung mit vorgängiger Untersuchung des Embryos - die Präimplantationsdiagnostik (PID). Der Bundesrat will diese in der Schweiz zulassen, allerdings in engen Grenzen. Gestern hat er die Botschaft verabschiedet.

Die genetische Untersuchung von Embryos im Rahmen der künstlichen Befruchtung und die Auswahl eines gesunden Embryos soll nur erblich vorbelasteten Eltern erlaubt sein. Das dürfte pro Jahr 50 bis 100 Paare betreffen. Bei ihnen muss die Gefahr einer Übertragung einer Erbkrankheit auf das Kind nicht anders als mit Gentests am Embryo abgewendet werden können. Die Krankheit, für die eine familiäre Häufung existiert, darf zudem nicht therapierbar sein, und es muss wahrscheinlich sein, dass sie vor dem 50. Lebensjahr ausbricht. Bei der PID werden die Embryos auf die Erbkrankheit getestet. Danach wird ein Embryo ohne Hang zur Erbkrankheit ausgewählt und in die Gebärmutter eingesetzt. (SDA)

EU sieht Fortschritt im Steuerdialog

Entwarnung im Streit um die kantonalen Steuerregime: Die EU will den Steuerdialog mit der Schweiz bis Ende Jahr weiterführen.

Von Stephan Israel, Brüssel

Ultimaten und Drohungen mit Retorsionsmassnahmen sind vorerst vom Tisch: Die EU-Finanzminister werden bei ihrem Treffen am 21. Juni den Fortschritt in den Gesprächen mit der Schweiz über die Steuerprivilegien für ausländische Firmen begrüssen. Die Expertengruppe zum sogenannten Verhaltenskodex gegen schädliche Steuerpraktiken schlägt vor, dass die EU-Kommission den Dialog mit der Schweiz bis Ende Jahr weiterführt.

«Die Gruppe schlägt vor, dass der Dialog mit der Schweiz unter Litauens Präsidentschaft fortgesetzt wird», heisst es im Bericht der Expertengruppe, der dem TA vorliegt. Litauen übernimmt den EU-Vorsitz im zweiten Halbjahr von Irland. Die EU-Finanzminister dürften bei ihrem Treffen übernächste Woche den Bericht diskussionslos verabschieden und die Empfehlungen übernehmen. Vonseiten der Botschafter der Mit-

gliedsstaaten habe es gegen den Abschnitt zur Schweiz keinen Widerspruch gegeben, hiess es gestern in Brüssel.

Die Gruppe zum Verhaltenskodex (Code of Conduct Group) für Unternehmenssteuern setzt sich aus Experten der 27 Mitgliedsstaaten zusammen. Seit 1997 hat die Gruppe rund 500 umstrittene Steuerregime in den Mitgliedsstaaten analysiert und sich bei 100 auf Änderungen beziehungsweise Abschaffung geeinigt. Seit zwei Jahren drängt die EU darauf, dass auch die Schweiz als Drittstaat mit ihrem privilegierten Zugang zum Binnenmarkt die Prinzipien des Verhaltenskodexes übernimmt.

Ambühl hat überzeugt

Bei der letzten Sitzung der Gruppe am 29. Mai konnte erstmals Staatssekretär Michael Ambühl die Schweizer Lösungsvorschläge im Steuerstreit persönlich präsentieren. Die Präsentation hat offenbar überzeugt. «Die Gruppe hat festgestellt, dass im Hinblick auf das Ziel des Dialogs Fortschritt möglich ist», heisst es im Bericht. Konkret wird dort auf den Auftritt von Staatssekretär Ambühl verwiesen: Dieser habe die EU-Experten informiert, dass die Schweiz bereit sei, fünf der umstrittenen Steuerregime für Unternehmen zu modifizieren.

Konkret hat man sich bereit erklärt, mit der EU über die Domizilgesellschaften, die gemischten Gesellschaften und die Holdinggesellschaften zu reden. Diese werden von der EU beanstandet, weil sie Firmen dazu dienen, Gewinne im Ausland kaum oder gar nicht zu versteuern. Ambühl stellte auch die Spezialregimes unter dem Titel Prinzipalgesellschaften und Swiss Finance Branch zur Diskussion. Das sind Konstruktionen, um Gewinne zwischen Zentrale und Betriebsstätten hin- und herzuschieben, um Steuern möglichst gering zu halten.

Die Schweiz will zwar den Verhaltenskodex nicht tel quel übernehmen. Bern ist aber bereit, mit der EU in einen permanenten Steuerdialog zu treten, um Friktionen in Zukunft frühzeitig erkennen und möglichst entschärfen zu können. Die Schweiz möchte auch einen Steuerfrieden in einer gemeinsamen Erklärung verankert sehen, was im Bericht der Gruppe aber nicht erwähnt wird. Es ist das erste Mal, dass die Gruppe zum Verhaltenskodex in ihren regelmässigen Berichten zur Schweiz eine positive Note anschlägt. Anders als in früheren Berichten ist diesmal von neuen Ultimaten oder impliziten Drohungen mit Gegenmassnahmen gegen Schweizer Unternehmen keine Rede.